

deutsche sprechen fast nie über Ostdeutsche und mit Ostdeutschen, ebenso sprechen Ostdeutsche im Fernsehen kaum über Westdeutsche und mit Westdeutschen. Auch das Fernsehen bearbeitet dieses „Schweigen“ kaum, weder im Informations- noch im Unterhaltungsprogramm. Eine explizite Behandlung der Ost-West-Beziehungen und der bestehenden Verständigungsprobleme ist äußerst selten. Dies setzt sich fort in der Beobachtung, dass das Fernsehen selbst sich so gut wie nie explizit mit den Problemen befasst, vor die das Medium im Hinblick auf die Ost-West-Thematik selbst gestellt ist. Ein innovativer Versuch der Thematisierung könnte daher darin bestehen, gerade diese Schwierigkeiten zu thematisieren, etwa auch im Kontext von Unterhaltung.

Anschlussdiskussionen ergeben sich hinsichtlich von Prognosen zu möglichen Annäherungen der beiden deutschen Kulturen. Eine wiederholte Messung zu verschiedenen Zeitpunkten würde es darüber hinaus erlauben, Änderungen in der Berichterstattung und in den Unterhaltungsangeboten festzustellen und im Hinblick auf den Begriff des kulturellen Wandels zu bewerten. Kulturelle Bilder beruhen auf einem Set mehrerer Variablen. Die weitere Analyse müsste noch komplexere Bilder oder Images Ostdeutschlands und der ostdeutschen Realität herausarbeiten und typisieren.

Es ist das Verdienst dieser Studie, wesentliche Fragen der deutsch-deutschen Fernsehrepräsentation gestellt und nicht verstellt zu haben. Die vorgestellte Studie hat – wie eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen u. a. in Erfurt und Jena gezeigt haben – die öffentliche Debatte über das angestoßen, was Fernsehen im Hinblick auf die Verständigung zwischen Ost und West leistet und leisten sollte. Darüber hinaus konnten die Autoren eine umfassende und fundierte TV-Analyse vorlegen, die sich wissenschaftlich und methodologisch auf hohem Niveau bewegt. Die Landesmedienanstalten sind aufgerufen, derartige Studien mit längerfristigen Analysezeiträumen wiederholt in Auftrag zu geben.

Georg Ruhrmann

## Hartmut Weßler

### Öffentlichkeit als Prozeß

Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der deutschen Drogenberichterstattung

Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1999. – 277 S.

ISBN 3-531-13259-8

Publikationen sind wie vieles in der Wissenschaft nicht vergnügungssteuerpflichtig. Dies gilt besonders auch für Dissertationen, zumal für die meisten sozialwissenschaftlichen Arbeiten, mit denen man sich hierzulande den Dokortitel erwirbt. Wenn es gut geht: spezialisierte Fragestellung, hoher Methodenstandard, empirisches Klein-Klein und einiges an Theorie, das alles findet sich auch in Hartmut Weßlers Hamburger Dissertation. Doch wer sich erst einmal auf die professionelle Pflichtübung eingelassen hat, wird belohnt, und zwar nicht nur mit genauen empirischen Befunden, sondern auch mit theoretischen Erkenntnisfortschritten, die es in sich haben.

Ambitioniert ist das Vorhaben allemal. Hartmut Weßler unternimmt nicht weniger als den Versuch, ein neues Modell von Medienöffentlichkeit, ein Prozessmodell, zu skizzieren, das durchaus nicht auf normative Implikationen verzichtet, zugleich aber der Dynamik massenmedialer Öffentlichkeit gerechter wird als andere Modelle. Denn medientheoretisch und vor allem medienpraktisch defizitär ist nicht nur das geschichtslastige und idealisierende Habermas'sche Diskursmodell, in dem der diskursive Ausnahmefall massenmedialer Öffentlichkeit zur Norm erhoben wird. Die zwischen Vermachtung und Diskurs liegende mediale Wirklichkeit kommt so nicht in den Blick. Defizitär ist ebenso das von Gerhards (1997) rekonstruierte demokratietheoretisch weniger anspruchsvolle liberale Modell, das die Öffentlichkeit als Spiegel der kommunizierten Beiträge einer pluralistischen Öffentlichkeit begreift.

Nun ist der Weg zu neuer Theorie in den Sozialwissenschaften bekanntlich steinig und mit reichlich Empirie gepflastert. Im vorliegenden Band stellt die Fallanalyse zur Drogen-„Freigabe“-Debatte den empirischen Kern dar. Schritt für Schritt führt Hartmut Weßler den Leser auf dem Weg zu seinem Analysemodell, in dem die Sachdimension in medienöffentlichen Diskursen angemessen durch *Problemdeutungstypen* erfasst, in der Sozialdimension die *Sprecherkonfigurationen* berücksichtigt und in zeitli-

cher Hinsicht durch *Phasentypen* die spezifischen Unterschiede zwischen ereignisreichen und -ereignisarmen Phasen öffentlicher Diskurse herausgearbeitet werden sollen.

Untersucht wird einmal die Printberichterstattung über illegale Drogen in der Zeit von Juli 1993 bis Februar 1995. Die zweite Grundgesamtheit bezieht sich auf die Freigabedebatte in der Zeit von September 1988 bis Februar 1995. Im Rahmen einer Frames und Idee-Elemente integrierenden *Deutungsanalyse* werden Sprecher identifiziert, Sachverhaltsäußerungen, drogenpolitische Regelungsmodelle mit entsprechenden Bewertungen und die in den Äußerungen enthaltenen Deutungen codiert. Wenig überraschend dürfte der Befund sein, dass die drogenpolitische Diskussion überproportional von politischen Akteuren dominiert wurde, in der Berichterstattung zu Problembearbeitung und Problemausmaß hingegen Betroffene, Experten, kurz: Problembearbeiter überproportional vertreten sind. Gleiches gilt für den Befund, dass mit der Nähe zum politischen Entscheidungszentrum (Exekutive/Administration und Legislative/Parteien) in der Freigabedebatte Äußerungen zur Problemregelung gegenüber Äußerungen zur Problemdeutung überwiegen. Demgegenüber ist das Übergewicht problemdeutender Beiträge auf journalistischer Seite auffallend.

Allerdings entwickelten sich in der Drogenfreigabedebatte politische Regelung und medienöffentliche Kommunikation nicht parallel. Weßler kommt zu dem Schluss, dass sich politische Regelung und medienöffentliche Kommunikation „als voneinander unabhängige Realitäten“ erweisen. Eine „durchschlagende Wirkung des Mediendiskurses auf die politische Regelung ist nicht zu beobachten.“ Und Weßler pointiert das augenfälligste Ergebnis seiner Deutungsanalyse negativ: „Die ‚Freigabe‘-Debatte weist keine den Qualitäten eines Diskurses im normativ anspruchsvollen Sinne auf.“ (S. 215) Die Arbeit liefert damit einen weiteren empirischen Baustein zu skeptischen Einschätzungen der diskursiven Leistungsfähigkeit medienöffentlicher Debatten.

Weßler kommt auf dieser Basis zu einer Revision der beiden normativen Modelle. Sein „Modell eigenständiger Öffentlichkeit“ hebt darauf ab, „daß die Massenmedien einen genuin kommunikativen Beitrag zur öffentlichen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen leisten.“ (S. 231) Mehr als im Dis-

kurs- wie auch im liberalen Modell von Öffentlichkeit bietet dieses Konzept Raum für die Beschäftigung mit spezifischen Funktionen und Leistungen der Massenmedien und des Journalismus. Es adressiert die normativen Anforderungen eben nicht an die Sprecher, sondern an die Massenmedien selbst. Einerseits werden damit die hohen normativen Ansprüche des Diskursmodells, in dem sich Sprecher mit ihren Argumenten aufeinander beziehen und ein hohes Rationalitätsniveau erreichen sollen, gewaltig heruntergeschraubt. Dies bedeutet aber nicht den gänzlichen Verzicht auf Normativität. Mit dem „Rückzug auf die Forderung nach Ermöglichung von episodischem Deutungswandel“ (S. 238) wird eine differenziertere Auseinandersetzung mit der kommunikativen Qualität von ereignisärmeren Ruhephasen im Vergleich zu polarisierten ereignisdichten Konfliktphasen möglich. Insgesamt trägt das Modell damit der Erkenntnis besser als andere Modelle Rechnung, dass der Medienöffentlichkeit eine zunehmend eigenständige Bedeutung im Kommunikationsprozess zukommt. Mit der Vermeidung normativer Überhöhung und durch die Betonung des Prozesscharakters wird eine angemessenere Auseinandersetzung auch mit Qualitätsanforderungen an Medien und Journalismus möglich.

Weßler gelingt es tatsächlich, die mit dem anspruchsvollen Haupttitel „Öffentlichkeit als Prozeß“ verbundenen Erwartungen einzulösen. Insofern ist zu hoffen, dass diese Arbeit intensive wissenschaftliche, empirische und theoretische Anschlusskommunikation nicht nur in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, sondern auch in Soziologie und Politikwissenschaft auslöst. Es ist zu wünschen, dass der skizzierte erweiterte Theorierahmen die Vorlage für weitere Fallstudien liefert, die dann einen Beitrag zu einem besseren Verständnis von Stabilität und Wandel moderner Medienöffentlichkeit leisten.

Ulrich Sarcinelli